



POLIZEIARBEIT AUF DEM PRÜFSTAND

Racial Profiling ist rechtswidrig



Foto: CandyPatPictures

In den letzten Monaten ist eine neue hitzige Debatte um die Polizei in unserem Land entstanden. Angestoßen durch den gewaltsamen Tod des US-Amerikaners George Floyd wurden auch wieder Stimmen lauter, die der Polizei hierzulande rechtsextreme Strukturen, latenten Rassismus und Racial Profiling attestieren. Wir sind gelinde gesagt irritiert darüber. Mal abgesehen davon, dass der Vergleich mit der US-amerikanischen Polizei hinkt, widersprechen diese Dinge unseren Grundrechten, auf die wir alle einen Amtseid geschworen haben. Nichtsdestotrotz können und dürfen wir diese Stimmen nicht überhören.

Stephan Kelm

Stellvertretender Landesvorsitzender

Ja, es gibt Fälle. Wenngleich derartige Gruppen bis dato an einer Hand abzuzählen sind und wir das ins Verhältnis von mehr als 300.000 Polizistinnen und Polizisten setzen sollten, ist jeder Fall einer zu viel. Uns ist der NSU 2.0 bekannt, auch die Gruppe Nordkreuz. – Trotz der Medienpräsenz in unserer Stadt und dem durchaus vorhandenen Willen etwas dahingehend zu finden, ist aber bis heute kein rechtsextremes Netzwerk innerhalb der Berliner Polizei zutage gebracht worden. Auch das sollte man dann mal so festhalten. Stattdessen werden Fälle transparent gemacht und eben nicht geduldet. Laut einer schriftlichen Anfrage von June Tomiak (Grüne) gab es in den letzten vier Jahren fünf Vorfälle mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Inhalt an der Polizeiakademie. Fünf zu viel, aber wohl doch zu wenig, wenn wir doch an unserer zentralen Ausbildungsstelle strukturell Nazis ausbilden wollen.

Wenn man der Polizei latenten Rassismus unterstellt – und mir ist bis heute

schleierhaft, wie Spitzenpolitikerin Saskia Esken darauf kam –, sollte man schleunigst alles dafür tun, Gesetze zu schaffen, die ein solches Verhalten verhindern. Unsere tägliche Arbeit unterliegt der dauerhaften staatlichen Kontrolle. Wir sind die Exekutive, deren Handlungsgrundlagen im Regelfall die Legislative erstellt und die dann gemäß der Gewaltenteilung in unserem Rechtsstaat von der Judikative auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüft werden. Wer demnach meint, wir würden rassistisch agieren und unsere Arbeitsstrukturen würden das sogar begünstigen, der sollte vielleicht mal ein paar Stellschrauben drehen und der eigenen Verantwortung nachkommen. Wir handeln nach den Gesetzen, die man uns zur Verfügung stellt. Der gern mal hochgehaltene Handlungsspielraum für die Polizei, den wir speziell zur Corona-Einschränkungszeit mal wieder aus dem Abgeordnetenhaus vernehmen konnten, ist letztlich nichts weiter als ein Stehlen aus der Verantwortung. Diese holt man sich dann nicht wieder, wenn man in einem Interview Sachen von sich gibt, die eine scheinbare Beschäftigung mit dem Thema symbolisieren sollen.

Um rechtsextreme Strukturen und latenten Rassismus in unseren Polizeien zu belegen, wird ganz gern auf das praktizierte Racial Profiling verwiesen. Ich entschuldige mich an dieser Stelle bei jedem, bei dem eine polizeiliche Maßnahme auf Basis äußerlicher Merkmale durchgeführt wurde. Das ist nicht nur falsch und menschenverachtend, es ist schlichtweg rechtswidrig und aus gutem Grund in unserem Land verboten. Es wäre vermessen zu behaupten, dass das nicht irgendwem passiert ist, aber mir ist in nunmehr 35 Dienstjahren persönlich kein Fall untergekommen, in dem ein Mensch nur aufgrund seiner Hautfarbe oder anderen phänotypischer Merkmale kontrolliert wurde. Wenn ein Mensch für uns scheinbar grundlos längere Zeit an einem Eingang des Görlitzer Parks herumsteht und wahllos Passanten anspricht, dann ist es mir egal, ob er schwarz, weiß, gelb oder grün ist. Wir kontrollieren ihn, weil es einem bestimmten Verhaltensmuster entspricht, der unerlaubte Handel mit Betäubungsmitteln ein Kontrolldelikt ist und wir nun einmal dazu verpflichtet sind, Kriminalität zu bekämpfen und Gefahren für die innere Sicherheit abzuwehren. Ob das richtig ist, kann man gern untersuchen. Wir sperren uns gegen keine dahingehende Studie, weil wir keine Angst davor haben. Die entscheidenden Fragen sind aber, wie sie aufgebaut wird und welche Schritte danach gegangen werden. Es bringt nichts, eine Onlinebefragung durchzuführen, in der sich jeder äußern kann, der meint, er wurde Opfer Racial Profiling. Es bringt auch nichts, immer erst zu handeln, wenn uns externe Experten Handlungsempfehlungen aufbereiten. Wir sollten der eigenen Verantwortung nachkommen und uns ebenso konsequent gegen jegliche rechtsextreme Strukturen, latenten Rassismus und Racial Profiling stellen wie gegen falsche Anschuldigungen, all das würde existieren. ■



Liebe Leser,

in den letzten Monaten war es vor allem das Coronavirus, was unser alltägliches Leben bestimmt hat. Wenngleich wir noch immer nicht vollständig zur Normalität zurückgekehrt sind und auch unsere Aktivitäten weiterhin Einschränkungen unterliegen, sind wir keinesfalls tatenlos. Wir beschäftigen uns mit als Satire

verkleideten Hassbotschaften gegen unsere Kolleginnen und Kollegen und auch mit politischen Vorhaben, die im Abgeordnetenhaus langsam zusammenwachsen, aber doch auch noch die einzelne Nachjustierung benötigen, bei der wir gern behilflich sind.

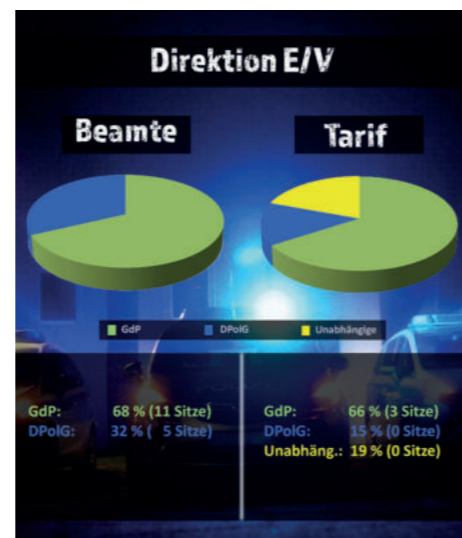
Viel Spaß beim Lesen! Benjamin Jendro, Landesredakteur

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Neuer Dir E/V-Personalratsvorsitzender – Stephan Kelm

Wir freuen uns über das Vertrauen, das uns die Kollegen/-innen entgegengebracht haben. Selbstverständlich übernehmen wir die Verantwortung und werden die vielfältigen Themen unserer stadtweit agierenden Direktion im Interesse der Beschäftigten vorantreiben. Die Direktion Einsatz/Verkehr ist das Aushängeschild der Berliner Polizei und diejenige, die tagtäglich Antworten auf alle hauptstadtbedingten Problematiken finden muss. Wir werden im Personalrat unseren Teil dazu beitragen, um im sachlich fundierten Austausch mit den Verantwortlichen und unserem Netzwerk für die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu sorgen. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen!



GdP-Spitzenkandidat Dir ZeSo – Torald Wendt

Wir akzeptieren den Willen der Wählenden und bedanken uns bei den Kollegen/-innen, die mit uns als Personalrat in die Zukunft gehen wollten. Das Ergebnis ist eindeutig und ein deutliches Signal an uns. Wir gratulieren der Liste Wir aktiv zum klaren Wahlsieg und geben den Gewählten die Möglichkeit, ihren Ankündigungen in den nächsten Jahren Taten folgen zu lassen und Versprechen umzusetzen. Als GdP-Fraktion werden wir uns im Personalratsgremium mit unserer Expertise und unter Einbindung unseres Netzwerkes für Eure Interessen einsetzen. ■



DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00

ISSN 0170-6411

Bereits Ende 2019 in der ver.di-Mediengalerie, Gewerkschafter*innen von GEW, ver.di, GdP, EVG, IG Metall und IG BAU. Eingeladen hatten der DGB-Kreisverband Tempelhof-Schöneberg und die GEW Tempelhof-Schöneberg. Elke Gabriel, Frauenvertreterin in T-S saß für die GEW, Alexander Klimmey, stellv. Vorsitzender des Fachausschusses der Gewerkschaft der Polizei, für die GdP im Podium. Die Moderation übernahm der Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg, Christian Hoßbach. Nachfolgend ein Gespräch mit beiden.

GEW UND GdP IM GESPRÄCH

Arbeitszeit und Arbeitsbelastung – Was tun die Gewerkschaften?

Thomas Schmidt

Vorsitzender GEW Tempelhof-Schöneberg



Welche besonderen Belastungsfaktoren gibt es in Eurem Arbeitsbereich?

Gabriel: Die größte Belastung für Lehrkräfte ist die Entgrenzung der Arbeit. Nach der Tätigkeit in der Schule muss der Unterricht vor- und nachbereitet werden. Beratungsgespräche mit Eltern und Kolleg*innen haben aufgrund der Inklusion zugenommen. Aufwendig sind die vielen Vergleichsarbeiten. Gymnasiallehrkräfte hatten vor 20 Jahren 21 Unterrichtsstunden. Heute sind es 26. Viele Lehrkräfte arbeiten wöchentlich über 50 Stunden. Als besonders belastend benennen Erzieher*innen meist den hohen Lärmpegel sowie die geringe Bezahlung und die mangelnde Wertschätzung.



Klimmey: Die Berliner Polizei hat neben den Beamt*innen zahlreiche Tarifbeschäftigte, die auch im Schichtdienst arbeiten, sodass sich eine Belastung aller Arbeitsbereiche nicht einheitlich beschreiben lässt. Hervorzuheben ist aber, dass durch die ständig wachsenden Aufgaben die Arbeit verdichtet wird. Bei oft kurzfristig angesetzten Großeinsätzen kommen schnell 20.000 Überstunden zusammen. Diese können leider kaum durch Freizeit abgegolten werden. Für viele war das Wochenende ursprünglich gesicherte Zeit, die ihrer Erholung und der Ge-

sunderhaltung diene. Deren Wegfall führt zu erhöhten Krankenständen, die wiederum zu Nachalarmierungen von in der Freizeit befindlichen Kräften führen. Auch die besonderen Belastungen durch Nachdienste und Gewalt gegen die Kolleg*innen beeinträchtigen die Gesundheit.

Welche Forderungen hat Eure Gewerkschaft? Wie wird unter den Beschäftigten über Entlastung diskutiert?

Gabriel: Junge Arbeitnehmer*innen aller Branchen wünschen mehr Zeitsouveränität sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Besonders Teilzeitbeschäftigte brauchen Flexibilität bei der Stunden- und Dienstplangestaltung. Freie Tage müssen gewährt werden sowie die Anteiligkeit von außerunterrichtlichen Tätigkeiten. Wir können den Prozess mitgestalten, indem Gesamtkonferenzbeschlüsse zur Teilzeitregelung gefasst werden, wie sie im Frauenförderplan und Landesgleichstellungsgesetz verankert sind. Die Zeitbedürfnisse und Lebensentwürfe der Beschäftigten und Menschen in Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen wieder eine zentrale Rolle spielen. Wenn die Arbeitszeit nicht endlich gesenkt wird, dann schließen wir eine ganze Generation vom gewerkschaftlichen Engagement aus, da sie aufgrund der Belastung keine Kraft mehr dazu haben, insbesondere Menschen mit kleinen Kindern und mit pflegebedürftigen Angehörigen.

Klimmey: Von Zeitsouveränität kann nicht die Rede sein. Die Einsatzkräfte sind überwiegend komplett fremdbestimmt. Dem kann nur durch Personalaufwuchs begegnet werden. Unsere Forderungen sind daher: mehr Personal, bessere Einstiegseinkommen, Anhebung auf Bundesbesoldung, Aufgabenkritik, bessere Arbeitsplatzgestaltung und Unterkünfte.

Welche Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung zwischen den verschiedenen DGB-Gewerkschaften siehst Du?

Gabriel: Der Wunsch nach Arbeitsentlastung muss bei allen Gewerkschaften wieder in das Zentrum der tarifpolitischen Auseinandersetzungen und der politischen Kampagnen gerückt werden. Wir haben auch gesellschaftspolitisch den Auftrag, die Familien zu schützen. Gewerkschaftsarbeit bedeutet auch immer sich zu solidarisieren. Wenn sich Pflegekräfte für einen gesetzlichen Personalschlüssel einsetzen, dann ist es wichtig, dass auch Ärzt*innen, Medizinstudierende sowie andere Gewerkschaften diese politische Forderung unterstützen. Genauso wünsche ich mir, dass wir uns solidarisch für einen höheren Mindestlohn einsetzen. Und natürlich sollten wir uns noch stärker über die sozialen Medien vernetzen sowie gemeinsam Großkundgebungen zur Reduzierung der Arbeitsbelastung organisieren.

Klimmey: Unser Informationsaustausch kann die Grundlage für eine bessere Zusammenarbeit der Gewerkschaften werden, in der Hoffnung, gemeinsam Verbesserungen für alle zu erreichen. Eine Solidaritätsbekundung der verschiedenen Gewerkschaften sollte zur Selbstverständlichkeit werden, sodass sie Ausdruck der Verbundenheit und der gemeinsamen Forderungen wird. ■





Foto: GdP Berlin

GdP-Landeschef Norbert Cioma bereicherte die Expertenanhörung zum Gesetz am 8. Juni im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses mit der nötigen Expertise.

BÜRGER- UND POLIZEIBEAUFTRAGTER, NEUES ASOG UND VERSAMMLUNGSFREIHEITSGESETZ Gesetzliche Dreifaltigkeit

In den letzten Wochen hat vor allem das von Justizsenator Dirk Behrendt (Bündnis 90/Die Grünen) forcierte Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) für Furore und schon so manche Einsatzzerfahrung auf der Straße gesorgt. Wir wissen nicht, ob unsere Bedenken so eintreten, wir wissen nicht, ob sich dieses Gesetz nachhaltig negativ auf Euch auswirkt. Wir hätten aber die bis hierhin weiterhin ungeklärten Fragen gern vor Inkrafttreten und vor allem abschließend geklärt. Knapp zwei Monate nach dem Beschluss im Abgeordnetenhaus stellt sich die Frage, warum Rot-Rot-Grün nicht vorab den Weg der öffentlichen Debatte gegangen ist, warum man sich keine Krankenschwestern oder Lehrer in Ausschüsse einlud, sondern sich allein im Rechtsausschuss

Expertise eingeholt hat, die so gut wie keinen Einfluss mehr auf den Gesetzesentwurf hatte. Diese Frage darf man stellen, denn bei drei anderen Gesetzesvorhaben geht Rot-Rot-Grün eben diesen Weg. In den vergangenen Monaten haben die drei Parteien ihre Pläne für die/den Bürger- und Polizeibeauftragte/n, das neue Versammlungsfreiheitsgesetz und auch die Novellierung des ASOG öffentlichkeitswirksam vorgestellt. Das wohlgermerkt noch bevor sich der Senat die guten Stücke mal vor Augen geführt hat oder es zu einer ersten Lesung im Plenum gekommen ist. Genau das aber ist der richtige Weg, denn so kann man Fragen und unterschiedliche Lesarten klären und gegebenenfalls nachjustieren, bevor so ein Gesetz durch das Parlament

gejagt werden muss. Wir haben bei allen drei Gesetzesvorhaben bereits erste Empfehlungen abgegeben, öffentlich, aber auch im persönlichen Gespräch mit Verantwortlichen. Im Fall der bereits Ende Januar präsentierten Ideen der/s Bürger- und Polizeibeauftragten konnte unser Landeschef Norbert Cioma mit seiner Expertise bereits den Innenausschuss bereichern und gemeinsam mit anderen Interessenvertretenden, der Datenschutzbeauftragten oder auch der Verantwortlichen aus Rheinland-Pfalz auf noch zu klärende Details hinweisen. Wir hoffen, dass diese berücksichtigt werden und man auch bei den anderen beiden Vorhaben diesen kommunikativen, diesen demokratischen Weg verfolgt. ■

Gesetz zur Einführung des oder der Bürgerbeauftragten des Landes Berlin und des oder der Beauftragten für die Polizei Berlin (Drucksache 18/2426)

Wichtige Bestandteile

- Hilfsorgan des Abgeordnetenhauses bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle
- Soll die Stellung des/r Bürgers/in im Verkehr mit Behörden stärken
- Unabhängig
- Vom Parlament mit einfacher Mehrheit auf sieben Jahre gewählt
- Ansprechpartner auch für Polizist*innen ohne Einhaltung Dienstweg

Hier muss nachjustiert werden:

- Bezeichnung
- Die Einreichfrist für Beschwerden sollte ausgedehnt werden
- Fehlende Diversität im Gesetz
- Institution sollte Recht bekommen, dem Parlament auf eigenen Wunsch zu berichten und nicht nur auf Anfrage
- Rechtsstellung muss klar sein (Legislative oder Exekutive)
- Datenschutz der sensitiven Daten muss beachtet werden
- Es fehlen Löschrufen
- Bisher haben alle Abgeordneten Zugriff auf Daten, sollte nur Mitgliedern des Petitionsausschusses zustehen

Foto: GdP Berlin

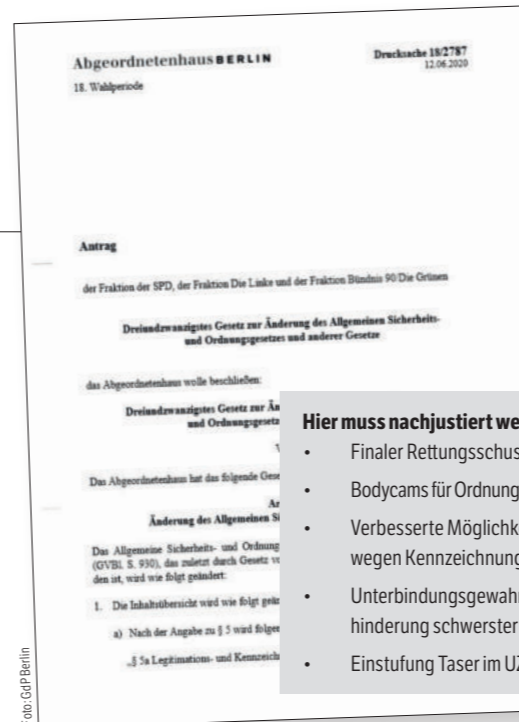


Foto: GdP Berlin

Hier muss nachjustiert werden:

- Finaler Rettungsschuss
- Bodycams für Ordnungsämter und in Wohnungen
- Verbesserte Möglichkeit für Auskunftsperren wegen Kennzeichnungspflicht
- Unterbindungsgewahrsam beim Blick auf Verhinderung schwerster Gewalttaten
- Einstufung Taser im UZwG

Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes und anderer Gesetze (Drucksache 18/2787)

Wichtige Bestandteile

- Ausweitung der TKÜ-Möglichkeiten und verpflichtende Mitarbeit der Telekommunikationsanbieter
- Nutzung von IMSI-Catchern
- Bodycams mit Bild- und Tonaufnahmen für Polizei und Feuerwehr
- Richtervorbehalt beim Einsatz von V-Personen
- Prostitution sowie ausländerrechtliche Verstöße keine kbO-Parameter mehr
- Fixierung der Kennzeichnungspflicht
- Reduzierung Unterbindungsgewahrsam (48 Stunden)

Aktueller Stand

- Bisher nur Vorstellung des Entwurfes durch die innenpolitischen Sprecher von Rot-Rot-Grün plus Innensenator (15. Juni)

GdP-Einschätzung

Wir sehen positive, aber auch negative Akzente. Dass bei den Bodycams das Thema Ton mit berücksichtigt wurde, ist ein gutes Zeichen. Eine Ausweitung der Möglichkeit, im Einsatzfall auch innerhalb von Wohnungen zu filmen, ist für uns ebenso notwendig wie das Schaffen einer Gesetzesgrundlage für die Kolleg*innen der Ordnungsämter. Die Neuregulierung der kbOs erschwerte die präventiven Maßnahmen. Nach wie vor sind wir der Meinung, dass es eine Regelung für den Finalen Rettungsschuss geben muss, den Rot-Rot-Grün ebenso wie eine notwendige Klassifizierung des Tasers als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt im UZwG Berlin derzeit gar nicht anfasen möchte. Zudem ist unklar, warum man für die Bodycams und die TKÜ-Veränderungen eine Evaluation festschreibt, gleichzeitig aber auch das Außerkrafttreten der gesetzlichen Regelung nach drei bzw. vier Jahren. Wenn man die Kennzeichnungspflicht fixiert, sollte man diese auch gefahrenabwehrend tun und die Möglichkeit zur Auskunftsperre fixieren. ■

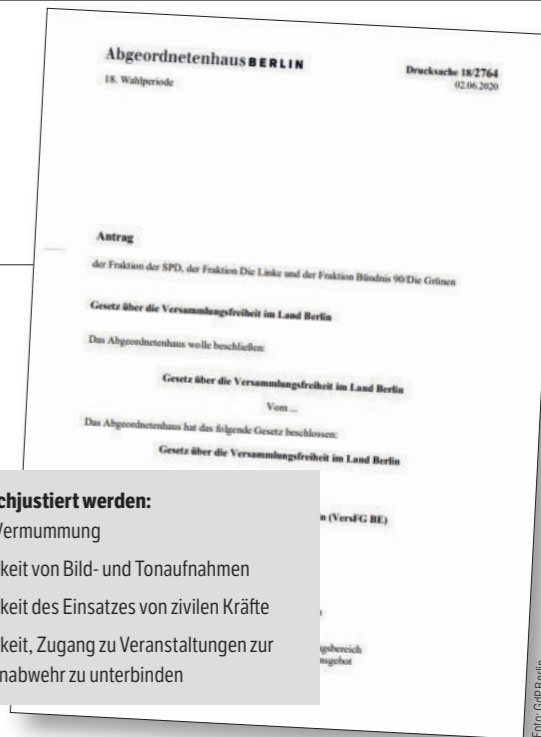


Foto: GdP Berlin

Hier muss nachjustiert werden:

- Thema Vermummung
- Möglichkeit von Bild- und Tonaufnahmen
- Möglichkeit des Einsatzes von zivilen Kräften
- Möglichkeit, Zugang zu Veranstaltungen zur Gefahrenabwehr zu unterbinden

Gesetz über die Versammlungsfreiheit im Land Berlin (Drucksache 18/2764)

Wichtige Bestandteile

- Ersetzt Versammlungsgesetz (Bundesebene) und bündelt Gesetz über Aufnahmen und Aufzeichnungen von Bild und Ton bei Versammlungen sowie das Bannmeilengesetz
- Bannmeile wird zu sog. Befriedeten Bezirk
- Bild- und Tonaufnahmen sollen grundsätzlich offen erfolgen
- Ungehinderter Zugang zu Versammlung muss stets ermöglicht werden
- Kein generelles Vermummungsverbot, nur nach individueller Festlegung
- Vermummungsgegenstände müssen klar definiert sein
- Zwingende Erkennbarkeit aller anwesenden Polizeikräfte
- Deeskalationsgebot

Aktueller Stand

- Bisher nur Vorstellung des Entwurfes durch die innenpolitischen Sprecher von Rot-Rot-Grün plus Innensenator (3. Juni)

GdP-Einschätzung

Es ergibt Sinn, dass Berlin als Land mit den meisten Versammlungen und Großlagen diese gesetzlich regelt und Handlungssicherheit schafft. Grundsätzlich wird sich an den bisherigen Gesetzen in anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein orientiert. Es werden unterschiedliche Eingriffsschwellen klar definiert und konsequent zwischen Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen unterschieden. Es ist sicher auch zielführend, die bisherigen Gesetzesgrundlagen zu bündeln. Dass Bild- und Tonaufnahmen in Zukunft stets offen zu tätigen sind, ist ebenso wenig realisierbar wie die Bekanntgabe aller eingesetzte Kräfte. Es ist auch nicht klar definiert, wie mit Vermummungen wirklich umgegangen werden soll und wie man im Einsatz mit Blick auf die Gefahrenabwehr den Abstand zwischen Demos und Gegendemos gewährleisten soll. ■

**Habt Ihr Anmerkungen zur aktuellen Ausgabe?**

Schreibt uns eine Mail an meinung@gdp-berlin.de!
Redaktionsschluss für unsere September-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 31. Juli 2020.



„Wer verummumt und marodierend durch die Straßen zieht, ein Gebäude nach dem anderen beschädigt, Türen und Fenster zerstört, hat keinerlei Respekt vor dem Hab und Gut anderer, gefährdet unser demokratisches Zusammenleben und ist schlichtweg ein gewalttätiger Extremist. (Benjamin Jendro am 12. Juli via B.Z.)“

**Geburtstage****80. Geburtstag**

Jürgen Wischniewski Dir 2
Manfred Abel Dir 4
Eberhard Gritscher Dir 4
Wolfgang Arlt Dir 6
Gerhard Rogge Dir 6
Günter Schulz Dir E/V
Horst Körner LABO

85. Geburtstag

Joachim Dennert Dir 1
Ernst Holländer Dir 1
Alfred Kubiak Dir 1
Werner Matuszak Dir 1
Olaf Buelow Dir 4
Bernhard Marschallek Dir 4

86. Geburtstag

Siegfried Janz Dir 2
Horst Brandenburg Dir 4
Klaus Försterling Dir 4
Dieter Wutschke Dir 4
Dieter Fleischmann LKA
Helga Böhm LABO
Alfred Vierke LABO

87. Geburtstag

Horst Kümmel Dir 1
Edith Aepfler Dir 4
Klaus Augustin Dir 6
Dietrich Grossmann PA/PP

88. Geburtstag

Gerd Kabbe Dir 2

89. Geburtstag

Alfred Diedrich Dir 1
Axel Schreyer LKA

90. Geburtstag

Werner Ganselien Dir 4

91. Geburtstag

Dieter Otto Dir 1
Hildegard Zühlke Dir 4

92. Geburtstag

Heinz Kaminski Dir 4
Heinz-Günter Leist Dir 5
Horst Faesser Dir E/V
Guenter Klempin LABO

93. Geburtstag

Kurt Zeggel PA/PP

Jubiläen**25 Jahre**

Stefan Ebelt
Mark Erdmann
Peter Fialek
Andre Gluch
Klaus-Jürgen Kahra
Yvonne Klopsch
Christian Krabiell
Jürgen Loth
Rene Mayer
Henry Noll
Dirk Seger

40 Jahre

Wolfgang Neubüser

94. Geburtstag

Heinz Ehrich Dir 1
Margot Heidanowski Dir 1

95. Geburtstag

Heinz Pietrzak Dir 4
Rudi Giersz Dir 3
Irmgard Hoffmann Dir 4
Edith Donat LKA
Irmgard Hein PA/PP

96. Geburtstag

Käthe Siebert Dir 3

99. Geburtstag

Heinrich Langkusch Dir 4

104. Geburtstag

Horst Platz Dir 5

Thomas Schultz
Bettina Stoof

50 Jahre

Michael Braun
Frido Lehmann
Hans-Joachim Markowski
Bernd Scheunemann

60 Jahre

Gerd-Peter Frohwein
Wittich Kruck

70 Jahre

Klaus Hübner
Helga Neukirchen

Dieter Handke, 81 Jahre, LKA

Klaus Wetzel, 88 Jahre, LKA

Hildegard Hübner, 92 Jahre, PA

Heidemarie Opitz, 65 Jahre, PA

Heinz Wolff, 67 Jahre, BF

Marion Grunow, 66 Jahre, LABO

Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.

Michael Kuschan, 54 Jahre, Dir 5

Reinhard Steffens, 70 Jahre, Dir 5

Bernd Wanschura, 78 Jahre, Dir 6

Dieter Büschlen, 84 Jahre, Dir E/V

Dieter Ladewig, 81 Jahre, Dir E/V

Friedhelm Lange, 70 Jahre, Dir E/V

Wolfgang von Podewils, 74 Jahre, Dir E/V

Dietrich Weber, 81 Jahre, Dir E/V

**Veranstaltungen****Bezirksgruppen****Polizeiakademie**

Nähere Informationen sind aufgrund von COVID-19 der Homepage der Bezirksgruppe PA zu entnehmen.

Dir 5

Wann: Dienstag, 8. September, 16 Uhr.
Wo: Im Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

Wann: Donnerstag, 20. August, 16 Uhr.
Wo: Kantine Poelchaustraße 1, 12681 Berlin.

Dir E/V

Wann: Donnerstag, 13. August, ab 16 Uhr.
Wo: Zehlendorf 88, Sven-Hedin-Straße 85, 14163 Berlin.

Seniorengruppen**Dir 2**

Der Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin, ist aufgrund der Vorgabe des Bezirksamts Spandau weiterhin für „Gäste, Fremdvergabe“ geschlossen. Ein evtl. mögliches Treffen der Seniorengruppe kann den Mitgliedern, aufgrund der zurzeit herrschenden Lage, telefonisch bzw. per E-Mail erst kurzfristig bekannt gegeben werden.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 12. August, 16 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.
Kontakt: Peter Müller, Tel.: 030 7967520.

PA/PP

Wann: Dienstag, 25. August, 15 Uhr.
Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Info: Im Monat August finden keine Veranstaltungen der Seniorengruppe LKA statt.
Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: 030 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 030 7451353

Landesfrauengruppe

Wann: Dienstag, 25. August, 16–18 Uhr.
Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

Die Dir-6-Senioren trauen sich

Nach Monaten der Reise- und Veranstaltungsabstinenz fanden sich am 19. Mai zwölf Mitglieder der GdP-Seniorengruppe der Direktion 6 vor dem Haupttor der „Gärten der Welt“ in Berlin-Marzahn ein. Wir baten mit Mund-Nasen-Schutz um Einlass. Die Warteschlange an der Kasse war nicht lang. Nunmehr ohne Stoff im Gesicht durchliefen wir ohne Hast den Chinesischen, Englischen, Orientalischen und Koreanischen Garten und bestaunten seltene Pflanzen aller Art, die zumeist in voller Pracht und Blüte standen. Sehr speziell fanden die Wanderrinnen und Wanderer den Afrikanischen Garten – auch Straußgarten genannt, zugleich Sitz- und Schattenspender. Ein kleiner Imbiss in einem asiatischen Restaurant rundete den Drei-Stunden-Besuch harmonisch ab.

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden den Kurzausflug ins Grüne sehr entschleunigend. Ausgemacht ist, dass zumin-

dest einmal im Jahr die Gruppe die „Grüne Lunge“ in Marzahn gemeinsam ansteuern wird. Der Tageseintritt pro Person liegt bei 7 €. Eine Jahreskarte kann für 30 € erworben werden. In jedem Fall eine sinnvolle Investition.

Michael Rosensky



Foto: Michael Rosensky

Nachrufe**Wir trauern um unsere Mitglieder**

Herbert Schmalewsky, 89 Jahre, Dir 1

Christian Trettin, 68 Jahre, Dir 1

Michael Gottschalk, 66 Jahre, Dir 2

Erwin Hesse, 81 Jahre, Dir 3

Wolfgang Krüger, 78 Jahre, Dir 3

Karl-Heinz Schwarzzeit, 90 Jahre, Dir 3

Michael Kuschan, 54 Jahre, Dir 5

Reinhard Steffens, 70 Jahre, Dir 5

Bernd Wanschura, 78 Jahre, Dir 6

Dieter Büschlen, 84 Jahre, Dir E/V

Dieter Ladewig, 81 Jahre, Dir E/V

Friedhelm Lange, 70 Jahre, Dir E/V

Wolfgang von Podewils, 74 Jahre, Dir E/V

Dietrich Weber, 81 Jahre, Dir E/V

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Ihren Alltag bestimmt die Sorge für Recht und Ordnung. Wir sorgen dafür, dass Sie sich nicht auch noch um Ihre Beihilfe- und Krankenkostenabrechnungen kümmern müssen. Unser **Komplett-Service** entlastet Sie sofort und sichert Ihre Ansprüche! Vertrauen Sie auf unsere Kompetenz aus über 35 Jahren Tätigkeit als Beihilfeberater und zugelassener Rechtsdienstleister.

Für Sie im Einsatz, damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt: **030 / 27 00 00**

Informieren Sie sich!

www.medirenta.de





Hier findest Du uns
im Social Media



@gdpberlin



gdp_berlin



@GdPHauptstadt

JUGENDVERTRETERWAHLEN 2020

Demografischer Wandel

Zwei Wörter, die einem in der gesamten Berliner Verwaltung zunehmend häufiger über den Weg laufen. Aber auch zwei Wörter, die man nicht unbedingt sofort mit einer Jugendvertretung assoziiert. Nichtsdestotrotz bedingt die anstehende Welle von Pensionierungen und Verrentungen, dass bereits seit einigen Jahren das Thema Ausbildung stetig an Relevanz gewinnt. In vielen Bereichen wurden die Ausbildungszahlen konsequent hochgefahren. Dass dies nicht immer auf Anhieb reibungslos ablaufen kann, haben wir allein in der Berliner Polizei des Öfteren beobachten können.

Björn Michauk

Neuer Vorsitzender der HJAV

Die Haupt-JAV ist beispielsweise bei genau solchen Problemen Ansprechpartner für die örtlichen Jugendvertretungen und führt gemeinsam mit ihnen regelmäßige Gespräche mit Dienststellenleitungen, Senatoren, den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses oder auch dem Regierenden Bürgermeister. Hierbei wird konsequent auf Missstände in den einzelnen Ausbildungen aufmerksam gemacht. Außerdem beteiligt sich die Haupt-JAV auch aktiv an der Schaffung von Gesetzen, Verordnungen und Dienstvereinbarungen, die Einfluss auf Nachwuchskräfte in der Berliner Verwaltung haben.

Aktuell bildet das Land Berlin allein im Betreuungskreis der Haupt-JAV über 7.000 Menschen in den verschiedenen Behörden, Gerichten und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlins aus. Tendenz weiter steigend. Eine engagierte Personalvertretung ist allein aufgrund dieser Größe unersetzlich.

Vom 30. März bis zum 24. Juni 2020 haben alle Nachwuchskräfte unter 27 Jahren die Möglichkeit gehabt, trotz Corona ihre Stimme abzugeben. Dass trotz aller Widrigkeiten 20,45 % aller Wahlberechtigten diese Möglichkeit genutzt haben, ist nicht selbstverständlich. Vor allem, da zwischenzeitlich viele Bereiche ihre Ausbildung komplett eingestellt haben. Gleichzeitig stellt die Wahlbeteiligung aber auch eine erhebliche Steigerung zur letzten Haupt-JAV-Wahl im Jahr 2017 dar.



Besonders erfreulich ist aus meiner Sicht, dass die gemeinsame Liste von der Gewerkschaft der Polizei und der Gewerkschaft ver.di über 81 % der Stimmen erringen konnte. Für das entgegengebrachte Vertrauen möchte ich mich im Namen meines neunköpfigen Gremiums recht herzlich bedanken. ■

Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung



GdP: 81 % (8 Sitze)
Freie Liste: 19 % (1 Sitz)

Jugend- und Auszubildendenvertretung



GdP: 61 % (5 Sitze)
Unabhängige: 39 % (5 Sitze)

Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung



GdP: 57 % (11 Sitze)
DPoIG: 25 % (3 Sitze)
Unabhängige: 18 % (1 Sitz)